

Landrat Markus Möller

Verabschiedung des HH 2026
– ES GILT DAS GESPROCHENE WORT –

Werte Kreisrätinnen und Kreisräte, liebe Gäste,

Ich grüße Sie, verehrte Kreisräten und Kreisräte, die eine arbeitsreiche Zeit hinter sich haben. Und ich grüße die zahlreichen Besucherinnen und Besucher – ihre Anwesenheit ist Ausdruck unserer demokratischen Gesellschaft, in der die Freiheit immer die Freiheit des Andersdenkenden ist. Auch wenn Ihr Weg für den Landkreis und mein Vorschlag graduell anders sind, so eint uns doch alle hier der Wille das Beste für die Menschen in diesem Landkreis zu erreichen.

Zwölf Tage vor Heiligabend, sollten nicht Besinnlichkeit, Behaglichkeit und Kerzenschein diese Tage dominieren? Die Adventszeit ist jenseits der anheimelnden Besinnlichkeit aber eine Zeit der Katharsis, der Vorbereitung, der Reinigung. Verstehen wir diese Zeit so, so stehen wir vor einer Weichenstellung für unseren Landkreis. Die heutige Sitzung des Kreistags, beschließt nicht nur unsere Haushaltsberatungen, sie ist auch die letzte des Jahres 2025. Ein Jahr, in dem vieles in Bewegung gekommen ist, ein Jahr großer Unruhe in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft weltweit.

Ein neuer Bundestag wurde gewählt. Ein Präsident in den USA wurde ins Amt eingeführt – ein altbekannter freilich, mit erwartbaren Turbulenzen.

Mit Leo XIV. hat ein neuer Papst sein Amt angetreten. Ein Papst, der sich bewusst in die Tradition von Leo XIII. stellt, in die Tradition eines Papstes also in der Hochphase der Industrialisierung. Einer Zeit des wirtschaftlichen Umbruchs. Mit seiner Enzyklika „Rerum Novarum“ legte er die Grundlage für die katholische Soziallehre, die Abstand nimmt sowohl von autoritärem Sozialismus und Marxismus, dem Absolutheitsanspruch des Staates, als auch von ungezügelm Liberalismus der Märkte. Vor diese Alternativen gestellt entscheidet sich die katholische Soziallehre – und mit ihr die Soziale Marktwirtschaft, wie sie Deutschland bis heute prägt – für einen klugen Mittelweg. Für den Weg der Subsidiarität. Einen Weg der vorsieht, dass höhere staatliche Institutionen nur dann eingreifen, wenn die Möglichkeiten der niedrigeren Hierarchie-Ebene, hier der Städte und Gemeinden, alleine nicht ausreichen, eine bestimmte Aufgabe zu lösen. Subsidiarität bedeutet den Vorrang der kleinen Gemeinschaften vor den großen Organisationen. Die Frage nach einem guten Leben, davon bin auch ich überzeugt, ist möglichst nah am Menschen zu beantworten: In der Familie, in der örtlichen Gemeinschaft, wie sie in unseren Städten und Gemeinden erfahrbar wird, die dazu aber natürlich die entsprechenden Ressourcen benötigen. Daher möchte ich sie möglichst wenig belasten.

Damit kommen wir vom Grundsätzlichen ins Konkrete. Vom Ziel eines guten Lebens im ganzen Stauferkreis zu den Zahlen des Kreishaushalts. Vieles ist in den letzten Wochen diskutiert worden, vielfach hier im Gremium, aber auch auf der Straße und in den Medien.

Die „Streichliste des Landrats“ hat sich als geflügeltes Wort verbreitet. Kaum eine Berichterstattung, wenig Protest kam ohne die Bezugnahme auf diese Liste der vermeintlichen Ungerechtigkeiten aus. Nicht wenige von uns wird

das an die Agenda 2010 erinnert haben: Mit einem Bundeskanzler Gerhard Schröder, der es mit seinem Reformkurs seinerzeit schaffte, 250.000 Demonstranten vor dem Brandenburger Tor zu versammeln. Dessen Agenda aber dazu geführt hat, dass wir nahezu 15 Jahre eine sehr gute wirtschaftliche Entwicklung nehmen konnten. Die Entwicklung der Protestwelle gleicht sich freilich. Sie wird angeführt durch Gewerkschaften, Sozialverbänden, NGOs und Kirchen. Und deren Anliegen wird oft mit einem Absolutheitsanspruch versehen. Mit einem Anspruch, der nicht verändert, nicht infrage gestellt werden darf, weil man sonst angeblich den gesellschaftlichen Konsens verlässt. Wer sich diesem entgegenstellt, läuft Gefahr außerhalb der „normalen Gesellschaft“ einsortiert zu werden. Die Heftigkeit der Diskussionen im Landkreis legt nahe, dass ich den Sozialstaat abschaffen wollen. Das ist mitnichten der Fall. Allzu viel Raum für Reformen, wie sie dieses Land fast unbestritten braucht, bleibt in einem derartigen Diskursklima nicht.

Es fällt leicht, nach Stuttgart und Berlin zu blicken und dort Reformen einzufordern. Die braucht es angesichts desaströser Kommunalfinanzen, angesichts eines Gesundheitssystem, das teuer und ineffizient ist, und einer Wirtschaft, die nicht mehr wächst, besser gestern als heute. Aber was ist mit uns selbst? Sind wir bereit zu Reformen? Wenn schon kleine Veränderungen zu massiven Protesten der Betroffenen führen: Wie wollen wir dann die sozialen Sicherungssysteme wie die Krankenversicherung, die Rentenversicherung oder Pflegeversicherung reformieren? Wieso traut sich die Politik nicht an diese Reformen heran? Könnte es damit etwas zu tun haben, dass die Politik den Protest bestimmter Teile der Bevölkerung fürchtet, die es verstehen, sich in der Öffentlichkeit zu artikulieren? Oder gibt

es vielleicht eine schweigende Mehrheit, die diesen Weg mitgehen möchte?
Ich meine schon und ich wähne sie auch in diesem Kreistag.

Wie ist unsere Ausgangslage? Der Landkreis ist hoch verschuldet und die Entscheidungen der letzten Jahre drücken uns. Rücklagen sind kaum mehr vorhanden – womit wir übrigens in vermeintlich guter Gesellschaft sind im Landesvergleich. Der Hebesatz der Kreisumlage ist mit 36,0 Prozent derweil schon heute der vierthöchste Entwurfswert im Regierungsbezirk. Sollen wir diesen Weg weitergehen? Gerade die Gespräche mit unseren Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern haben mich darin bestärkt, hier einen Neuansatz zu wählen.

Der vorgelegte Haushalt ist ein Mix aus Zukunftschancen und Notwendigkeiten. So sparen wir nicht unangemessen an Dingen, die unseren Landkreis attraktiv machen sollen, wie ÖPNV, Breitband oder Tourismus. Investitionen verschieben wir nur in vertretbarem Umfang. Vor allem sehen wir, dass wir sie über Mittel des Sondervermögens sicherstellen können. Das ist für viele im Landkreis Göppingen ein neuer Weg. Ich meine, es ist ein kluger Weg im Blick auf langfristigen Erfolg.

Einige haben meinen Ansatz der Subsidiarität, der Konzentration auf Kernaufgaben und der Sparsamkeit kritisiert. Aber schauen wir nach Europa: wer ist denn erfolgreich? Sind es die Länder, die seit über 60 Jahren durch „Ankurbelung durch Investitionen“ und soziale Ausgleichsmaßnahmen versuchen, voranzukommen – Länder wie Italien oder Frankreich? Oder sind es Länder wie die Niederlande und die Schweiz, die eine niedrige Staatsverschuldung haben und konzentrierte Aufwendungen für Soziales.

Wir Deutschen sind nun an auf Platz 1 unter allen europäischen Ländern bei den Sozialausgaben. Darf über minimale Korrekturen dennoch nicht gesprochen werden? Auch nicht hier im Landkreis?

Lassen Sie uns den Vergleich weiter anhand des Aufbaus, des Zentralismus, führen: wollen wir Frankreich sein oder wollen wir die Schweiz sein? Das eine Land ist zentral geführt, hoch verschuldet und wirtschaftlich am Boden. Das andere ist föderal und subsidiär aufgebaut. Möglichst viel wird auf Gemeindeebene entschieden. Die Verschuldung ist niedrig und die Wirtschaftskraft ist hoch. Daher habe ich die Frage gestellt, was für ein Landkreis wollen wir sein? Meine Damen und Herren, manche hier möchten offenbar den Weg Frankreichs gehen - ich möchte, dass dieser Landkreis dem Pfad der Schweiz folgt: subsidiär, mit Vertrauen zur kommunalen Ebene und wohlhabend.

An uns alle stelle ich daher die Frage: Nehmen wir die Auseinandersetzung und den Protest in Kauf, um für die nachfolgende Generation die richtigen Entscheidungen zu treffen? Oder geht es uns darum, beliebig zu sein und im Vorfeld eines sich nahenden Landtagswahlkampf vermeintlich auf das richtige Pferd zu setzen?

Werfen wir einen Blick auf die Wortwahl der medialen Diskussion: aus der Streichung eines Zuschusses wird unwidersprochen die Schließung eines Angebots. Ist dies Ausdruck der kulturellen Hegemonie eines Teils der Gesellschaft im öffentlichen Diskurs?

Ich finde es bemerkenswert, dass der Teil des Einsparungsprogramms kaum Würdigung findet, der nachhaltig ist und besonders ambitioniert. Ich meine das Stelleneinsparprogramm „Acht in Acht“. Rechnerisch alleine dieses Jahr fast 50 Stellen.

Von Herzen danke ich unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ich habe selten eine Behörde erlebt, und ich war bei vielen Behörden, bei denen so ein freundschaftlicher, ausgleichender und sich gegenseitig helfender Geist herrscht. Ich danke insbesondere dem Personalrat, der Notwendigkeiten sieht und mit Vernunft agiert. Und das Stellenabbauprogramm mitträgt. Ich weiß, liebe Kolleginnen und Kollegen, was dies für Sie bedeutet. Und dieser Kreistag weiß das auch.

Auch über das Zurückstellen von Sanierungen an Gebäuden, Straßen, energetische Sanierungen wurde wenig gesprochen. Wir haben einen Mittelweg gewählt. „Deutschland ist kaputtgespart worden“, sagen manche. Ist das so? Oder haben wir die letzten 15 Jahre vielleicht im Verhältnis zu viel in den Ausbau des Sozialstaates gegeben und im Verhältnis zu wenig in die Infrastruktur? Auch wir im Landkreis fahren fast auf Verschleiß. Für heute ergibt sich daraus eine ganz dringliche Frage: Laufen wir nicht Gefahr, in der Gegenwart genauso zu verfahren?

Der Haushaltsentwurf, der zur Abstimmung steht, muss vor dem Hintergrund einer sich zuspitzenden Gesamtlage betrachtet werden: Das Defizit des ALB FILS KLINIKUMS ist 2025 jüngst von planmäßig 16,1 Mio. € auf rund 19,3 Mio. € gestiegen. 2026 folgt das erste Vollbetriebsjahr unseres medizinischen Flaggschiffs – dann wird sich zeigen, ob Umfang und

Dimensionierung der exzellenten Versorgung tragfähig sind. Die Perspektive für 2026 hat sich mit der jüngsten Defizitentwicklung jedenfalls weiter verschlechtert. Statt wie bislang vorgesehen 9,0 Mio. € wird der Landkreis im kommenden Jahr 11,3 Mio. € auszugleichen haben. Das belastet den Kreishaushalt unmittelbar.

Angesichts der schlechten Rahmenbedingungen waren intensive Beratungen absehbar. Aus den Reihen des Kreistags wurden 88 Anträge eingebracht, davon 49 mit direkter finanzieller Auswirkung. Die inhaltliche Diskussion und Beschlussempfehlung ist in den Fachausschüssen erfolgt.

In der Folge hervorzuheben ist die Empfehlung des Verwaltungsausschusses vom 28.11.2025, der sich den Anträgen von CDU, FW und FDP (der sogenannten „neuen großen Koalition“) angeschlossen hat. Mit dieser Empfehlung bleiben alle Bereiche im Fokus der Sparsbemühungen – abgeschwächt werden sie jedoch im sozialen Bereich. Der Kreistag befindetet damit heute über einen leicht abgeänderten Haushaltsentwurf. Dazu gehören:

- Eine fortgesetzte Schulsozialarbeit an den beruflichen und sonderpädagogischen Schulen,
- eine nur hälftige Kürzung an anderen Schulen.
- Jeweils nur um 20 % gekürzte Leistungen für die Drogen- und Suchtberatung, die Ehe- und Erziehungsberatung und auch die psychologische Familien- und Lebensberatungsstelle.
- Und auch der Zuschuss der Schwangerschaftskonfliktberatung bleibt erhalten. Er wird, wie von pro familia vorgeschlagen, auf 15.000 € reduziert.

Die Empfehlung des Verwaltungsausschusses erscheint aus meiner Sicht daher gerade noch vertretbar. Durch den grundsätzlichen Erhalt der Zuwendungen, zwar gekürzt, bleibt aber die Aufgabe für die Behörde weiter zu erledigen. Vorgesehene personelle Einsparungen greifen nicht. Die mögliche Mehrbelastung im Umfang von 1,36 Mio. € geht zulasten der nun noch stärker schrumpfenden Rücklage – ein Vorgehen, das wir uns in dieser Weise eigentlich nicht mehr leisten können. Nur dank des Griffs in die Rücklage kann die Kreisumlage dieses Jahr noch stabil bei 36,0 % bleiben.

Dennoch: Ich danke dieser Koalition der Vernunft, dass sie den von mir vorgeschlagenen Weg dem Grunde nachgehen möchte. Damit steht nun ein Haushaltsentwurf zur Abstimmung, mit dem es sich niemand leichtgemacht hat. Sie nicht, werte Kreisrätinnen und Kreisräte, in den vorangehenden Beratungen. Und wir nicht, die wir Ihnen Fakten und Zahlen bereitgestellt haben und auch manche unbequeme Wahrheit. Allen, die an der Erarbeitung des Haushaltsentwurfs gearbeitet haben, insbesondere Herrn Kreiskämmerer Haas und seinem Team, danke ich herzlich. Dem Ersten Landesbeamten, den Dezernenten und den Amtsleitungen und allen Mitarbeitern Ihnen sende ich heute einen herzlichen Gruß. Nun ist es an Ihnen, meine Damen und Herren Kreisrätinnen und Kreisräte, eine Entscheidung zu treffen.

Vielen Dank.